

## **Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz**

23. Sitzung  
28. September 2023

Beginn: 09.03 Uhr  
Schluss: 12.05 Uhr  
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

##### **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Situation in den bezirklichen Ämtern für Umwelt-  
und Naturschutz und in den Fachbereichen für  
Grünflächen**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0093](#)  
UK

Hierzu: Anhörung

Keine der Fraktionen, außer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hat eine Anzuhörende oder einen Anzuhörenden eingeladen. Diese Person ist von der Verwaltung, daher gilt sie nicht als typische Anzuhörende. Ich würde Sie fragen, ob Sie als Ausschuss dennoch ein Wortprotokoll haben wollen. – Das ist der Fall. Dann wird ein Wortprotokoll angefertigt. Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Wichert, Leiter der Abteilung Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün von der Umweltverwaltung, anwesend. Ich begrüße auch ganz herzlich Frau Annika Gerold, Bezirksstadträtin für Verkehr, Grünflächen, Ordnung und Umwelt im Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg. – Danke für Ihre Teilnahme, Frau Gerold und Herr Wichert! Ich darf feststellen, dass auch Sie mit der Liveübertragung und den Bild- und Tonaufnahmen der Sitzung einverstanden sind. – Ich sehe Kopfnicken. Das ist der Fall. Danke! Möchte die antragstellende Fraktion den Besprechungsbedarf begründen? – Das ist der Fall. Frau Schneider, bitte!

**Julia Schneider** (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir sind gerade mitten in den Haushaltsberatungen. Heute haben wir ausnahmsweise keine Lesung hier im Ausschuss, aber trotzdem schwingt das Thema die ganze Zeit mit. Deswegen wollten wir über die Situation in den bezirklichen Ämtern für Umwelt und Naturschutz, auch bekannt unter SGÄ, sprechen. Wir wissen – das ist ein tägliches Leid der Berlinerinnen und Berliner –, dass die Situation in den Ämtern, gerade in den Bezirksämtern, nicht besonders gut ist. Das kann man, glaube ich, sagen. Es geht um den öffentlichen Raum. Es geht also um das, was wir alle täglich erleben. Es geht um Parks, Straßen, die Entsorgung von Abfällen im öffentlichen Raum, es geht aber auch um die Sicherheit, die Verkehrssicherung von Bäumen. Da gibt es immer wieder Schwierigkeiten in dem Sinne, dass mit einer dünnen Personaldecke diese Aufgaben schwierig zu erfüllen sind. Es geht auch um Kontrollen, zum Beispiel im Bereich der Mehrweggebotspflicht. Das liegt nicht bei den Straßen- und Grünflächenämtern, aber das ist die große Klammer, in der wir uns bewegen. Dieses Thema wollten wir hier sehr gerne besprechen und hören, was die Bezirke dazu sagen. Deswegen bin ich froh, dass wir als Anzuhörende Frau Gerold hier haben. Ich freue mich auf die Anhörung.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Schneider! – Ist eine einleitende Stellungnahme des Senats zu diesem Tagesordnungspunkt gewünscht? – Das ist der Fall. Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Manja Schreiner** (SenMVKU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Die Situation der Fachbereiche Grün der Straßen- und Grünflächenämter haben wir schon hinreichend, auch in der Bezirksstadträterunde, diskutiert. Wir haben das auch im Rahmen meiner Tour bespro-

chen. Ich bin bei fast allen Bezirksbürgermeistern gewesen und hatte in der Regel auch die zuständigen Stadträte dabei. Ich muss sagen, dass mir das deshalb auch sehr bewusst ist, weil es von fast allen Bezirken immer wieder moniert wird. Ich hatte gestern einmal ein positives Beispiel, weil es sehr gut passt: Ich war in Steglitz-Zehlendorf. Dort wurde mir gespiegelt, dass sie nach wie vor eine sehr gute Personalausstattung in dem Bezirksamt haben und ihr Personal in den letzten Jahren nicht abgebaut haben. Insofern war es für mich einmal erfreulich zu hören, dass man, zumindest in einem Bezirk, gut ausgestattet ist.

An sich haben wir das Thema aber wirklich schon diskutiert. Die Hauptursache sind die Einsparvorgaben der letzten Jahrzehnte an die Bezirke und an die Grünflächenämter im Speziellen, das Ganze noch im Zusammenspiel mit fehlender Zweckbindung der Mittel für die Grünunterhaltung. Das sind, glaube ich, aus unserer Sicht die beiden Faktoren. Die alleinige Erhöhung der Sachmittel, zum Beispiel durch zweckgebundene Sondermittel oder mehr Mittel des Abgeordnetenhauses, ist wegen der vielfach unzureichenden Personalausstattung zur Umsetzung oftmals nicht zielführend. Man sieht das auch, wenn man sich den Haushalt anguckt, wie viel veranschlagt ist, wie wenig dann aber grundsätzlich oftmals abgerufen werden kann. Eine Übertragung von Aufgaben muss mit einer Mittelerhöhung sowie mit einer Erhöhung des Personals einhergehen. Dieser Auffassung sind wir als Senatsverwaltung auch.

Dann kommt ein auch diskutierter Punkt hinzu, den wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen haben, das ist die Anpassung der Stellenbewertung, um als attraktiver Arbeitgeber qualifiziertes Personal für die Bezirke zu gewinnen. Um die Ressourcen insgesamt effektiv einsetzen zu können, bedarf es zusätzlich eines zeitgemäßen Grünflächenmanagements, das im Moment aber auch weder strukturell noch personell vorhanden ist. Dadurch können Defizite nicht aufgezeigt werden, wo an welcher Stelle nachjustiert werden muss. Dieses Grünflächenmanagement ist dadurch relativ schlecht zu bewerkstelligen.

In den unteren Naturschutzbehörden fehlt insbesondere Personal in der Landschaftsplanung und in der Eingriffsregelung. Das würde in Kooperation mit der Stadtplanung grundsätzlich mehr zur Problemlösung beitragen. Insofern fehlt es auch an dieser Stelle.

Weitere erhebliche Defizite bestehen aus unserer Sicht für die Aufgabenbereiche des Arten-, Gebiets- und Baumschutzes. Dies führt einmal zu erheblichen Defiziten bei der Pflege und Entwicklung des Grünbestandes in den einzelnen Bezirken, zum anderen steht es dem Ziel im Weg, die deutlich kürzere Dauer von Zulassungsverfahren zu erreichen. Die Zielsetzungen zur biologischen Vielfalt sind dadurch auch nicht so umsetzbar, wie wir das konzeptionell immer alles vorbereiten, sodass ich im Fazit sagen würde: Ohne eine deutliche Verbesserung der Ressourcenlage in Verbindung mit sichernden Instrumenten ist keine Wende in der Grünunterhaltung, in der Landschaftsplanung und beim Erhalt der biologischen Vielfalt zu erzielen.

Was ist nötig? – Natürlich ein deutlicher dauerhafter Ressourcenzuwachs im konsumtiven wie im investiven Bereich. Wir haben die Einführung von Mindestveranschlagungsrichtlinien, wie bereits in der Hoch- und Tiefbauunterhaltung, die Weiterführung der Zielvereinbarungen Straßenbäume und der Stadtbaumkampagne sowie ihre auskömmliche finanzielle Untersetzung diskutiert. Der weitere Ausbau des Grünflächeninformationssystems zu einem zeitgemäßen Steuerungs- und Controllinginstrument ist ebenfalls nötig und benötigt eine finanzielle und personelle Absicherung und die Förderung der Ausbildung zur Gewinnung von eigenen

Nachwuchskräften. Das alles gelingt nur durch eine politische Schwerpunktsetzung und immer in enger Zusammenarbeit zwischen dem Senat und den Bezirken.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Senatorin! – Bevor ich das Wort an Frau Gerold gebe, möchte ich zunächst klarstellen, dass es sich trotz des Hinweises „Anhörung“ um keine Anhörung im technischen Sinne handelt, da Frau Gerold vonseiten der Bezirksverwaltung an der heutigen Sitzung teilnimmt. Ich möchte nun Frau Gerold das Wort geben und Sie bitten, Ihre Stellungnahme nach Möglichkeit auf fünf Minuten zu beschränken, damit im Anschluss die Möglichkeit besteht, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten. – Sie haben das Wort, bitte!

**Annika Gerold** (Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg; Bezirksstadträtin für Verkehr, Grünflächen, Ordnung und Umwelt): Schönen guten Morgen! Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Frau Senatorin! Frau Staatssekretärin und weitere Anwesende! Vielen Dank für die Einladung! Ich versuche ebenso, mich kurzzufassen, beziehungsweise ich muss mich auch kurzfassen. – Vielen Dank, Frau Schreiner, dass Sie einige Punkte schon angesprochen haben, auf die ich jetzt auch zu sprechen gekommen wäre! – Vorweg geschickt: Ich bin froh, dass ich jetzt im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen hier die Möglichkeit habe, auch die Positionen der Bezirke in den Ausschuss mit reinzugeben. Angesichts der fünf Minuten mache ich das ein bisschen stakkatoartig.

Der erste Punkt, den ich ansprechen wollte, ist das Thema der Leitlinie für das Budget des Grünunterhalts. Wir haben in den Straßen- und Grünflächenämtern zum einen den Haushaltstitel Tiefbauunterhalt, zum anderen den Grünunterhalt. Es ist angesprochen worden, dass es für den Tiefbauunterhalt diese Leitlinie gibt, sodass da nicht gekürzt werden und im Zusammenhang mit den bezirklichen Haushaltsberatungen nicht normiert werden kann. Das wäre für uns im Fachbereich Grünflächen von essenzieller Bedeutung, wenn wir das auch für den Grünunterhalt hätten. Ich möchte es einmal plastisch machen: Wir haben für den Grünunterhalt in 2024 wahrscheinlich 3,6 Millionen Euro zur Verfügung. Wir haben aber eigentlich 3 Millionen Euro mehr als Bedarf angemeldet. Das bedeutet, dass wir sehr stark kürzen müssen. Der größte Teil unseres Budgets geht in die Verkehrssicherung, Reinigung, Schließdienste, die wir leider sachfremd finanzieren müssen – das Stichwort Görlitzer Park ist angesprochen worden, drum herum schließen wir viele Spielplätze. All das muss aus diesem Unterhalt finanziert werden. Eigentlich ist die Unterhaltung der Grünanlagen dafür vorgesehen, beispielsweise Baumpflanzungen zu finanzieren. Bei uns ist das Budget eigentlich nur insoweit ausreichend, dass wir die Verkehrssicherung finanzieren und das Nötigste machen. Für Baumpflanzungen sind wir dann überwiegend auf Ausgleichsmittel angewiesen, die wir wiederum nur erhalten, weil an anderer Stelle bereits Bäume gefällt worden sind. Insofern ist das kein zusätzliches Budget, auf das wir zurückgreifen. Diese Leitlinie würde eine Planbarkeit schaffen, und wir hätten dann die Möglichkeit, die Pflege kontinuierlicher zu planen. Momentan ist es so, dass wir für den Grünunterhalt auch noch Mittel aus dem Parkmanagement hinzuziehen, die wir in auftragsweiser Bewirtschaftung haben, auch die Mittel aus der sauberen Stadt, die wir dann hinzuziehen, wo wir aber auch kein planbares Budget haben.

Das wäre dann der nächste Punkt. Wir haben in Friedrichshain-Kreuzberg ein sehr umfangreiches Parkmanagement. Das führt dazu, da wir es aus dem Grünunterhalt finanzieren, dass wir in der Kosten- und Leistungsrechnung im Grünunterhalt sehr schlecht abschneiden, dementsprechend da Verlierer sind und im Bezirkshaushalt noch einmal stärker unter Druck stehen.

Deshalb wäre es wünschenswert, wenn es ein eigenes Produkt für das Parkmanagement geben würde, damit wir an der Stelle nicht so teuer sind.

Den dritten Punkt würde ich angesichts des Themas gerne ansprechen, das sind der Klimaschutz und notwendige Klimaanpassungsmaßnahmen. Wir haben kein reguläres Budget, das uns dafür zur Verfügung steht. Wir hatten deshalb die Mittel, die wir durch die auftragsweise Bewirtschaftung aus der Stadtverschönerung hatten, abgerufen und verausgaben sie voraussichtlich alle in diesem Jahr. Für uns ist dabei der Vorteil, dass das sehr unbürokratisch und leicht abzurufen ist. Zukünftig werden wir solche Projekte nur teilweise über Investitionsplanungen oder Fördermittel, Bund et cetera, was wir auch machen, umsetzen können. Hier ging es auch um diese kleineren, schnelleren Maßnahmen, auch kleine Entsiegelungsflächen und so weiter. Das Sondervermögen soll sich auf investive Ausgaben konzentrieren, sodass das aus unserer Sicht keinen äquivalenten Ersatz für die Stadtverschönerungsmittel darstellt.

Dann habe ich noch den Wunsch aus unserem Bezirk – ich weiß aber, dass es auch andere umtreibt – nach einem dringenden Update bei der Baumschutzverordnung, auch nach der Wahlmöglichkeit, Geldzahlungen zu leisten und nicht Ersatzpflanzungen zu machen.

Weil die fünf Minuten um sind: Für das Umwelt- und Naturschutzamt ist es die größte Herausforderung, dass regelmäßig neue Aufgaben ohne zusätzliches Personal auf uns zu kommen, also das mangelnde Konnexitätsprinzip, beispielsweise Marktüberwachung oder Umweltkoordinierungsstellen et cetera. – So weit vielleicht!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Gerold! – Ich habe Wortmeldungen von Frau Gennburg, dann von Herrn Freymark. – Frau Gennburg, bitte!

**Katalin Gennburg (LINKE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Frau Gerold! Schön, dass Sie heute hier sind, als einzige Anzuhörende in dieser Nichtanhörung. Ich möchte kurz vorwegschicken, dass es sehr misslich ist, dass wir offenbar jetzt keine Anhörung zu diesem doch so drängenden Thema haben. Wir haben aber immerhin die Möglichkeit einer Aussprache; wir haben einen Tagesordnungspunkt und eine Auskennerin vor Ort. Vielen Dank! – Ich möchte deswegen auch darum bitten, dass wir uns überlegen, wie wir diesen Tagesordnungspunkt dann noch einmal in angemessener Weise fortsetzen. Wir hatten Anzuhörende benannt, die heute leider terminlich verhindert waren.

Das Thema der Grünflächenämter ist deswegen so wichtig, weil – wahrscheinlich allen in diesem Raum bekannt – in den letzten 30 Jahren jede Spartirade zunächst einmal bei den Grünflächenämtern am meisten zu Buche geschlagen hat. Die Grünflächenämter in den Bezirken sind wahrscheinlich neben den Wohnungsämtern am meisten unterausgestattet. Insofern gibt das schon einen deutlichen Hinweis darauf, dass man sie in der Ausstattung deutlich verbessern muss. Man muss deutlich mehr Mittel in die Bezirke geben. Wir haben in den letzten Haushaltsberatungen genau deswegen immer wieder darauf gedrungen, dass es eine bessere Ausstattung der Bezirke gibt, viel mehr Geld in die Bezirke geht und haben auch immer gesagt, dass es einen Aufwuchs bei den Grünflächenämtern geben muss. Meine Frage an Frau Gerold und an die Senatorin: Inwiefern hat sich diese Vergabe der Mittel in die Bezirke spürbar verändert? Hat sich die Situation verändert? Gab es in den letzten Jahren Verbesserungen, die jetzt wieder durch die anstehenden Sparprogramme zur Disposition gestellt werden? Was können Sie berichten: Wie viele Stellen sind aktuell unbesetzt? Dazu kann sicherlich die Se-

natorin einen Überblick über die zwölf Bezirke geben. Frau Gerold, vielleicht können Sie noch einmal erläutern, wie es sich bei Ihnen darstellt.

Die Personalaufstockung ist deswegen so wichtig, weil Sie wissen, dass wir als Linksfraktion immer die Vergrößerung und den enormen Verantwortungszuwachs bei der Grün Berlin GmbH kritisieren. Die Grün Berlin ist eine landeseigene GmbH, die in den letzten Jahren enorm gewachsen ist, die im aktuellen Haushaltsplanentwurf der CDU-SPD-Koalition eine immense Vergrößerung erfahren soll, wozu ich, ehrlich gesagt, jetzt einmal ein Bekenntnis von den Regierungsfractionen haben möchte. Wollen Sie weiterhin das Geld, die Hunderte Millionen Euro, in die Grün Berlin, in diese landeseigene GmbH, pumpen, oder wollen Sie die Bezirke und diejenigen stärken, die im Sinne des Naturschutzes, im Sinne von amtlicher Fachlichkeit dazu befähigt und auch verantwortlich für die Sorge um diese öffentlichen Güter, die Grünflächen in der Stadt, sind, gerade in Zeiten des Klimawandels und der Artenkrise?

Man muss sich doch fragen, wieso Sie dort eigentlich nicht einlenken, sondern diese Grün Berlin bevorzugen, die nachweislich keinen Schwerpunkt auf die Besetzung mit Menschen aus dem Bereich Naturschutz legt, sondern die eigentlich eine Marketingagentur ist, die so ein bisschen mit Fachplanern arbeitet – das wissen wir alles –, aber in der Weise eine ganz andere Logik verfolgt. Es geht nicht nur darum, dass sie als GmbH organisiert ist, sondern auch darum, dass die Grünflächen inzwischen in großem Stil in die Stiftung übergeben wurden. Es gab viele Jahre, in denen die Bezirke, weil ihnen das Personal fehlte, gesagt haben: Nehmt bitte unsere Grünflächen und sorgt euch darum! – Das war unter Rot-Rot-Grün immer ein Thema, bis hin zu großen Eklats, wie in Marzahn-Hellersdorf oder auch in Pankow beim Botanischen Garten – das wissen Sie sicherlich alle –, wo die Bezirke gesagt haben: Jetzt ist mal Feierabend, die Grün Berlin kann es nicht, wir wollen es zurückhaben. – Damit müssen wir uns auseinandersetzen, dass es die Grün Berlin eigentlich nicht kann und auch nicht soll, weil eine GmbH möglicherweise eben nicht die Aufgaben von öffentlichen Verwaltungen erfüllen soll. Das ist die Position der Linksfraktion in dieser Frage.

In dieser Weise möchte ich Sie jetzt fragen, warum Sie nicht endlich den Weg gehen, das Personal in den Bezirken aufzustocken, sondern weiterhin einen exorbitanten Zuwachs für die landeseigene Grün Berlin GmbH vorsehen – die sich ja auch nicht in die Karten gucken lässt und riesige Aufsichtsratsgehälter verteilt –. Das könnten Sie wunderbar umverteilen. Tun Sie das! Holen Sie die Grünflächen zurück aus der Stiftung! Sichern Sie die Grünflächen, auch im Sinne des Naturschutzes! Stellen Sie auch gerne aus dem Bezirk noch einmal dar, wie Sie die Konkurrenz zur Grün Berlin erleben und welche Probleme und Hinweise wir von Ihnen dazu mitnehmen können! – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Gennburg! – Ich möchte Ihrer Aussage zu Beginn Ihres Redebeitrags widersprechen. Wir haben hier gemeinsam im Ausschuss eine Anhörung beschlossen beziehungsweise angemeldet. Das Ausschussbüro hat Sie zweimal mit E-Mails daran erinnert, dass Sie bitte eine Person als Anzuhörende benennen sollen. Das haben Sie nicht gemacht. – [Zuruf] – Sorry, nach unseren Informationen hier wurde uns eine einzige Person benannt. Diese Person ist von der Verwaltung, deshalb ist sie im technischen Sinne – ich wiederhole mich – keine Anzuhörende. Wir haben aber gerade eine Anhörung. Wenn wir eine Person aus der Zivilgesellschaft gehabt hätten, dann wäre diese Person im klassischen Sinne Anzuhörende, aber ich wiederhole, weil Frau Gerold aus der Verwaltung ist, gilt sie nicht als Anzuhörende. Wir haben aber eine Anhörung. So weit zu Ihrer Äußerung! Danke

noch einmal! – Jetzt machen wir mit der Redeliste weiter. – Herr Freymark, Sie haben das Wort!

**Danny Freymark (CDU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Frau Gerold, dass Sie sich heute die Zeit nehmen, bei uns dabei zu sein und vielleicht ein bisschen in die Diskussion einzutreten! – Ich hoffe, Herr Vorsitzender, dass die Antwortrunde für Frau Gerold etwas mehr als fünf Minuten bereithält. Ich vermute mal, dass das notwendig wird. – Jetzt machen viele von uns gewissermaßen auch Lokalpolitik, weil man in den eigenen Regionen natürlich wahrnimmt, wie die Bürgerinnen und Bürgern darauf reagieren, auf die Grünflächenpflege, auf die Frage von Vandalismus. Wie lange bleibt der dann bestehen? Gibt es überhaupt noch eine Beschilderung an den Parks? – In Friedrichshain-Kreuzberg, hatte ich vernommen, hat man zum Beispiel Ökotoiletten aufgestellt. Wir freuen uns immer über öffentliche Toiletten. Dann gab es aber schnell wieder Bilder, wie der Vandalismus dort zuschlägt. Das sind wahrscheinlich alles Budgets, die Sie dann bereithalten müssen.

Deswegen vielleicht einmal generell grundsätzlich gefragt: Sie vertreten heute gewissermaßen auch die anderen Bezirke ein bisschen mit, weil Sie die Einzige sind, die anwesend ist. Wie ist die Verteilung bei Ihnen im Verhältnis zu anderen Bezirken, was den Aufwand von personellen, aber auch finanziellen Ressourcen angeht, für Ihre originäre Arbeit? Fühlen Sie sich im Bezirk schon gut unterstützt, Frau Gerold, und sagen Sie, im Verhältnis zu anderen – Sie werden diese Vergleiche haben –, dass der Bezirk Reinickendorf als Beispiel vielleicht mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Bereich der Grünflächenpflege abgestellt hat? Kann man Vergleiche ziehen? Setzen Sie vielleicht schlichtweg einfach andere Prioritäten in Friedrichshain-Kreuzberg? – Das ist keine böse gemeinte Frage, sondern einfach zum Nachvollziehen von Gewichtungen vor Ort.

Das zweite Thema, das mich sehr interessiert: Wie gehen Sie eigentlich mit dem BSR-Projekt oder auch Grün Berlin – das wurde ja gerade ein bisschen kritischer genannt – um? Das sind Projekte, die eigentlich Flächen zusätzlich bewirtschaften und Ihnen möglicherweise Personal für andere Bereiche freigeben. Funktioniert denn dieses theoretische Konstrukt auch in der Praxis? – Berlinweit haben wir 2 700 Grünanlagen, Forsten, Spielplätze et cetera. Fast 100 werden mittlerweile durch die BSR bewirtschaftet. Da würde man vermuten, dass dann Ressourcen freigesetzt werden, um zum Beispiel andere Prioritäten setzen zu können. Funktioniert das? Teilen Sie die Kritik der Kollegin an der Grün Berlin GmbH oder haben Sie womöglich gar keine Projekte in Friedrichshain-Kreuzberg mit denen?

Dann habe ich kurz das Thema Ökotoiletten erwähnt. Wie gesagt, ich bin ein großer Unterstützer von öffentlichen Toiletten. Ich habe nur immer die Sorge, wenn die sehr unsauber sind und sehr oft kaputt gemacht werden, dass das dann fast einen gegenteiligen Effekt hat. Man sucht eine Toilette und findet dann eine vor, die man eigentlich nicht nutzen möchte, beziehungsweise man hat als Bezirk einen immensen monetären oder personellen Aufwand zu leisten. Vielleicht können Sie uns auch daran kurz teilhaben lassen.

Ich sitze für das Parlament noch mit im Petitionsausschuss. Das macht eine große Freude. Das einzige, das uns immer wieder Sorge bereitet, sind die vielen Petitionen und Eingaben, in denen es um Sauberkeit, Vandalismus und Ähnliches geht. Es geht aber auch immer öfter, Frau Gerold – gar nicht in Ihre Richtung persönlich, sondern generell –, um die Frage, wie überhaupt noch kommuniziert wird. Haben Sie überhaupt die Kapazitäten und Möglichkeiten,

schnell auf Anfragen, Beschwerden und Hinweise zu reagieren? – Was wir als CDU-Fraktion nicht möchten, ist eine Gesellschaft, in der jeder wegguckt, in der keiner mehr Verantwortung übernehmen will. Oft wird das gewissermaßen auch schon ein bisschen provoziert, weil man sagt: Ja, ich habe da irgendeinen angeschrieben, aber es gab wieder keine Antwort. – Funktioniert die Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt, mit der BSR, mit der App? – Vielleicht können Sie uns zwei, drei Sachen dazu sagen, das würde sehr hilfreich sein.

Zum Thema Klimafolgenanpassung: Wir haben hier seit ein paar Jahren die Diskussion, ob ein Bezirk kurzfristig zum Beispiel Verschattungen ermöglichen kann. Ist es möglich, dass man Spielplätze neu gestaltet? – Da fehlte es oft, glaube ich, an den finanziellen Möglichkeiten. Sehen Sie sich als Bezirk in die Lage versetzt, sich auf Klimafolgen einzurichten und zum Beispiel Verschattungen stärker zu ermöglichen?

Das letzte Thema, die Blauen Perlen, die Gewässer: Ich habe in anderen Bezirken die Erfahrung gemacht, dass insbesondere der lokale Kleinstgewässerschutz hinten runterfällt, dass es dafür also kaum Pflegegelder gibt oder kaum Pflegeaufwand betrieben wird. Ist das bei Ihnen anders? Kennen Sie das Blaue-Perlen-Programm? Profitieren Sie davon schon? Würden Sie davon gerne profitieren? Vielleicht von Ihnen gerne noch einmal an die Adresse des Abgeordnetenhauses und des Senats: Was wünschen Sie sich zu den personellen Themen, womöglich darüber hinaus, von uns, auch in der politischen Schwerpunktsetzung? – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Freymark! – Zur Information: Die Personen, die wir einladen, die Anzuhörenden, haben mehr als fünf Minuten Zeit, um auf die Fragen einzugehen. Das haben wir nicht zum ersten Mal hier in diesem Ausschuss, sondern das ist Usus. – Ich muss meine vorige Äußerung kurz korrigieren. Es gab eine Rückmeldung von der Linksfraktion, wobei das am 26. September, vorgestern, um 17.19 Uhr der Fall war, das war nicht in der regulären Arbeitszeit. Wir haben vor zwei Wochen, am 14. September, hier im Ausschuss einvernehmlich gesagt, dass Sie bitte die Personen anmelden sollen. Das war kurzfristig. Diese Person wurde angefragt, und gestern gab es eine Absage. Deshalb konnte diese Person als Anzuhörende heute nicht angehört werden – das der Vollständigkeit halber. – Frau Vierecke, bitte!

**Linda Vierecke (SPD):** Vielen Dank! – Vielen Dank, Frau Gerold, dass Sie heute hier sind, auch wenn es nur fünf Minuten waren. Ich glaube, die fünf Minuten, die Sie hatten, haben uns schon ziemlich dramatisch vor Augen geführt, wie die Lage ist, zumindest die Perspektive, die Sie uns dargestellt haben. Uns ist allen daran gelegen, dass der Klimaschutz in den Bezirken funktioniert und Sie Ihre Arbeit ordentlich machen können.

Ich habe ein paar kleine Nachfragen. Sie haben nur ganz kurz das Update der Baumschutzverordnung erwähnt. Vielleicht können Sie noch ein bisschen ausführen, was genau die Problemlage dort ist und wie man das lösen könnte.

Die Frage zur BSR-Stadtreinigung hat Herr Freymark gerade schon erweitert. Wir nehmen da viel Geld in die Hand, auch zu Recht, und uns interessiert natürlich, wozu das dann in den Bezirken führt. Führt das dazu, dass die Grünflächenämter dann das machen können, was sie sollen, nämlich die Pflege der Anlagen, weil sie mit der großen Müllproblematik nicht mehr befasst sind? – Das zumindest wäre der Wunsch.

Was können wir machen? – Wir können im Haushalt für bestimmte Sachen Geld zur Verfügung stellen. Oft kommt das Geld in einer Globalsumme an Sie, und daraus müssen erst mal die notwendigen Aufgaben erfüllt werden. Für mich ist ein bisschen die Frage: Sollte man konkreter sagen, wofür die Dinge eingesetzt werden? Für uns, glaube ich, müssen der Klimaschutz und die Resilienzaufgaben, die Sie haben, Priorität sein. Kann man das gewichten? Würde Ihnen das am Ende im Bezirk helfen, wenn man diese Globalsumme ein bisschen aufsplittet?

Wir reden alle über die Personalknappheit. Ehrlicherweise muss man sagen, dass sich das wahrscheinlich in den nächsten Jahren in Berlin an ganz vielen Stellen erst mal nicht lösen wird. Wir haben aber das Thema KI, wir wollen das Digitale hier in der Stadt voranbringen. Es gibt bereits Bewässerungssysteme für Bäume, das ist ein Riesenthema für Pflanzen, damit die für eine lange Zeit bewässert werden. Inwieweit ist das Thema bei Ihnen schon angedacht, umgesetzt, und wie können wir das noch stärker vorantreiben, um die Gelder, die wir in die Hand nehmen, gerade für Bäume – ein großes Projekt auch für uns als Koalition – , dazu zu führen, dass das Erfolg hat und zur Umweltgerechtigkeit beiträgt?

Genau dazu noch eine Frage: Inwiefern greifen Sie bei den Baumpflanzungen – Sie haben erläutert, dass Sie da gar nicht so viel machen können, weil Ihnen die Ressourcen fehlen – auf die Kriterien des Umweltgerechtigkeitsatlas zurück, auch da Bäume zu pflanzen, wo sie besonders nötig sind, an größeren Straßen, wo viele Belastungen durch den Verkehr sind, wo wenige Bäume stehen, wo vielleicht Menschen wohnen, die sozial schwächer gestellt sind? Inwiefern sind diese Kriterien für Sie handlungsleitend? – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Vierecke! – Herr Bertram, Sie haben das Wort!

**Alexander Bertram (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Frau Gerold, dass Sie sich die Zeit nehmen! Ich glaube, wir alle wissen – das ist aus den Statements deutlich geworden –, dass die Grünanlagen teilweise in einem bemitleidenswerten Zustand sind und dass eine wirklich große Last bei den bezirklichen Grünflächenämtern liegt. Zumindest aus unserer Sicht ist es so, dass eine auskömmliche Ausstattung der Grünflächenämter wahrscheinlich der größte Hebel ist, den wir haben, um die Grünflächen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Daher hat es mich gerade aufgeschreckt, dass Sie sagen, dass Sie einen großen Teil Ihrer Mittel für Verkehrssicherung, Schließdienste und Parkmanagement verwenden müssen. Mich würde sehr interessieren, ob Sie genauer ausführen könnten, was aus Ihrer Sicht die Ursachen für diese notwendigen Maßnahmen sind und was geschehen müsste, um in diesem Bereich eine echte Entlastung zu schaffen.

Ein zweiter Punkt, der mich sehr interessieren würde, ist die Müllproblematik nach Großveranstaltungen; das hatten wir heute auch schon einmal gehört. Ich denke dabei zum Beispiel an die Müllberge nach dem 1. Mai, wo alleine im Görlitzer Park 60 Kubikmeter Müll eingesammelt werden mussten. Mich würde interessieren, wie sich die Zusammenarbeit mit der BSR gestaltet, gerade nach diesen Großveranstaltungen. Ich hatte, wenn ich mich richtig erinnere, mal der Presse entnommen, dass nach solchen Veranstaltungen von den Bezirken teilweise externe Dienstleister beauftragt werden müssen, um diese Müllberge in einer annehmbaren Zeit einsammeln zu können. Mich würden weitere Hintergründe dazu interessieren, wie das mit den externen Dienstleistern funktioniert, welche Kosten so eine Aktion für den Bezirk ungefähr verursacht. Das sind Hintergrundinformationen, die mal spannend wären. – Danke schön!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Bertram! – Frau Schneider, bitte!

**Julia Schneider (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe auch noch einige Fragen. Es ist ein wahnsinnig großes Thema, sodass ich versuche, das ein bisschen zu clustern. Ich fange noch einmal mit der Personalsituation in den Ämtern an; wir haben es jetzt schon viel gesagt. Es gibt übrigens Zahlen dazu, die müssten Ihnen, den anderen Abgeordneten, vorliegen. Daraus geht hervor, dass zwischen 2001 und 2011 teilweise bis zu 50 Prozent Personal in den SGÄ eingespart wurden. Wir haben in der Regierungszeit versucht, das aufzuholen, aber das ist ein Tropfen auf den heißen Stein, kann man schon fast sagen. Wir wissen, dass die Stadt wächst. Wir wissen, dass wir gerade im Bereich Personal Schwierigkeiten haben, Stellen zu besetzen, wir haben einfach Schwierigkeiten mit einem Fachkräftemangel oder überhaupt inzwischen mit einem Arbeitskräftemangel. Wir haben es geschafft, in der Senatsverwaltung, damals noch für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz, Stellen zu schaffen, zum Beispiel für die Unterschutzstellung von Landschaftsschutzgebieten und für Naturschutz. Das unterstützt sicherlich die gesamte Situation, aber ich würde sagen, dass wir noch nicht auf einem auskömmlichen Niveau sind, was die Personalsituation in diesem Bereich angeht, weder in der Senatsverwaltung in diesem Bereich noch in den Bezirken.

Das ist aber nicht nur im Bereich Umwelt und Naturschutz, im Straßen- und Grünflächenamt, das Problem, sondern das zieht sich quasi über die gesamte Verwaltung. Deswegen gab es den Vorschlag zur Verwaltungsreform, wo ein Teil die Frage der Aufgabenkritik ist, und in diese

Richtung geht auch meine Frage. Gibt es Aufgaben, die Sie sehen, die eigentlich in allen Bezirken gleich sind und die deswegen in eine Zwischenebene, zum Beispiel Landesämter oder Ähnliches, verlagert sein sollten, um die Bezirke etwas zu entlasten und Skalierungseffekte zu nutzen? – Das ist erst einmal die Frage zur Personalsituation. Frau Vierecke, Sie hatten KI angesprochen. Es gibt Maßnahmen, Prozesse technisch abzubilden und dadurch Personal zu sparen, aber auch die muss man erst einführen. Das hilft also nicht unmittelbar, deswegen die Frage nach der Bündelung von einigen Aufgaben.

Als Nächstes noch mal inhaltlich: Sie hatten kurz über den Baumschutz und über die Baumschutzverordnung gesprochen. Was müsste sich ändern? Was bräuchten Sie als Straßen- und Grünflächenämter – so nenne ich Sie jetzt einfach mal –? Was wäre sinnvoll?

Sie hatten kurz über eine mögliche Leitlinie für den Grünunterhalt gesprochen, die es im Gegensatz zu den Tiefbauämtern nicht gibt. Sie hatten auch gesagt, dass wir in Zeiten des Klimawandels sind und dass sich die Grünflächenpflege verändern oder anpassen muss. Deswegen meine Frage: Wenn es so eine Leitlinie gäbe, könnte das nicht auch dazu führen, dass Neuerungen, Modernisierungen, Veränderungen schwierig abzubilden wären? – Ich glaube, dass man so eine Leitlinie dann flexibel ausstatten müsste, dass Sie die Mittel auch für neue Methoden der Grünflächenpflege verwenden könnten. Diese Frage drängt sich mir auf. Würde das dann auch dazu beitragen, dass das „Handbuch Gute Pflege“ verstärkt umgesetzt werden kann? – Vielleicht können Sie dazu etwas sagen. Ich habe gehört, dass das teilweise schlichtweg von den Kapazitäten her kaum möglich ist.

Noch einmal in die Richtung des Titels der Stadtverschönerung; Sie hatten es angesprochen: Den hatten wir uns deswegen einfallen lassen, weil die Bezirke bei der Klimafolgenanpassung so wahnsinnig wichtig sind. Ob wir über kühle Meilen, Hitzeschutz, Schwammstadt oder Entsiegelung – die gehört zur Schwammstadt dazu – sprechen, sind es immer die Bezirke, die im Fokus stehen. Das sind die Situation vor Ort und auch die Umsetzung. Deswegen würde ich gerne noch einmal wissen, Sie hatten es eher abstrakt formuliert: Vielleicht könnten Sie ein konkretes Beispiel für eine Maßnahme aus dem Titel Stadtverschönerung bringen, damit allen noch einmal plastisch klar wird, was daraus finanziert werden konnte.

Wir haben alle bemerkt, und Sie haben es auch gesagt, dass dieser Titel zurzeit nicht mehr im Haushalt existiert, der wurde leider gestrichen. Mal angenommen, dieser Titel würde fortgeführt: Wäre er aus Ihrer Sicht auskömmlich so gewesen, wie er war, oder müssten zusätzliche Mittel rein? – Sie hatten auch gesagt, dass bei diesem Titel der unkomplizierte Abruf von Mitteln besonders gut war. Vielleicht können Sie dazu noch einen Satz sagen, wie es sonst abläuft, wenn Sie versuchen, Mittel abzurufen, was da der Unterschied war. Das hilft sicherlich auch, um als Haushaltsgesetzgeber so einen Titel, wenn es ihn wieder gibt, gut auszuformulieren.

Noch eine weitere Frage zum Thema Schwammstadt: Viele der Maßnahmen liegen bei den Bezirken. Gibt es einen Handlungsleitfaden, der bezirkeweit funktioniert? Ich glaube nicht. Wäre es gut, so einen Handlungsleitfaden zu haben? Sollte es mehr Regulierung geben, oder sollte es die Möglichkeit geben, aufgrund eines Leitfadens zu skalieren oder größer in die Masse zu kommen? – Wir waren gerade bei den Wasserinitiativen, und die Schwammstadt ist ein wichtiger Beitrag für unseren Wasserhaushalt. Es ist also auch eine landesweit große Auf-

gabe, die aber nun mal in der Umsetzung mit in Ihrer Hand liegt. – Ich glaube, damit schließe ich erst einmal die Fragen. – Danke schön!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Schneider! – Frau Gennburg, bitte, Sie haben sich gemeldet! – Doch nicht. Gut. – Vielen Dank für die erste Runde! Ich gebe das Wort an Frau Gerold. Danach würde die Senatsverwaltung auch die Möglichkeit haben, sich dazu zu äußern. – Frau Gerold, bitte!

**Annika Gerold** (Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg; Bezirksstadträtin für Verkehr, Grünflächen, Ordnung und Umwelt): Ich wollte erst noch einmal eingangs etwas sagen, was bei uns ankommt. Die Frage kam von Frau Gennburg. Wir haben die Globalsumme, die wir zugewiesen bekommen und die im Bezirkshaushalt in der Bezirkshaushaltsaufstellung verteilt wird. Ich habe angesprochen, dass es gerade durch die Unterhaltung der Grünanlagen in Friedrichshain-Kreuzberg vielleicht problematischer ist, weil wir pro Quadratmeter sehr hohe Reinigungskosten haben, sich aber gleichzeitig die Menge nicht vermehrt. Der Quadratmeter bleibt der gleiche Quadratmeter. Insofern haben wir sehr hohe Reinigungskosten, sind somit im Bezirksvergleich sehr teuer, sind somit KLR-Verlierer. Dementsprechend hat das dann eine Auswirkung auf die interne Zuweisung. Wenn sich das Budget anhand der Kosten- und Leistungsrechnung bemisst, dann kriege ich auch in den Bezirkshaushaltsaufstellungen weniger zugewiesen und werde sozusagen dafür abgestraft, dass wir so teuer sind. Das ist ein Kreislauf. Ich muss im nächsten Haushaltsjahr – unser Bezirkshaushaltsplan ist zumindest in der Bezirksverordnetenversammlung verabschiedet worden – fünfmal so viel einsparen, wie in diesem Jahr. Das bedeutet konkret: In diesem Jahr haben wir es sicherlich noch geschafft und werden es auch noch schaffen, unsere pauschalen Minderausgaben durch Personalmittel zu untersetzen, aber bei einer fünfmal so hohen pauschalen Minderausgabe wird das nicht ohne Weiteres möglich sein. Wenn Sie sich die Haushaltskapitel der Bezirke anschauen, die Einzelpläne, die zu den Straßen- und Grünflächenämtern gehören, und Sie gleichzeitig wissen, dass es diese Leitlinien beim Tiefbau gibt – was gut ist, da kann nicht gekürzt werden –, dann gibt es nicht mehr so viel, wo man kürzen kann. Das bedeutet, es kann sowohl in der internen Haushaltsplanaufstellung als auch im Haushaltsvollzug eigentlich nur beim Grünunterhalt gekürzt werden.

Das bedeutet im Haushaltsvollzug – ich komme zum Thema Reinigung –: Wir haben ausschließlich externe Firmen für die Reinigung, wir sind eines dieser Straßen- und Grünflächenämter, das – Frau Schneider hat es angesprochen – zwischen 2001 bis 2010 extrem Personal einsparen musste. Das war insbesondere im Grünflächenunterhalt, gerade auch in den Gartenrevieren, so. Beispielsweise haben wir auf unserem Gartenbauhof im Victoriapark in Kreuzberg heute noch 20 Gärtnerinnen und Gärtner, wir hatten dort früher 200, das ist in Friedrichshain genau das Gleiche. Das bedeutet, dass die Grünpflege nahezu ausschließlich extern beauftragt wird. Wenn ich dann aber in diesem Bereich, beim Grünunterhalt, einsparen muss, dann bedeutet das, dass ich ganz praktisch die Reinigungszyklen reduzieren muss. Ich habe an jedem Werktag Reinigungen, wir haben im Sommer und im Winter unterschiedliche Reinigungszyklen. Wir müssen beispielsweise im Sommer die Reinigungszyklen reduzieren und auf das Winterniveau herabstufen und warten, was wir beispielsweise aus „Saubere Stadt“ noch für Mittel bekommen, um sie dann wieder hochzusetzen. Das ist die konkrete Auswirkung, wenn das der einzige Titel ist, an dem ich einsparen kann, um meine pauschalen Minderausgaben zu untersetzen.

Es ist nach unbesetzten Stellen gefragt worden. Ich habe sehr wenige unbesetzte Stellen bei mir in der Abteilung, allerdings kann ich nicht für andere Bezirke sprechen. Gerade im Fachbereich Grün des Straßen- und Grünflächenamtes sind die Stellen, die wir haben, besetzt. Ich glaube, wir haben eine Besetzungsquote von ungefähr 90 Prozent oder so in der Abteilung. Selbstverständlich sind auch immer mal wieder Stellen unbesetzt, aber die problematische Situation, dass wir unbesetzte Stellen und immer wieder eine Fluktuation und Abgänge hatten, war eher im Bereich der Mobilitätswende und Verkehrsplanung, nicht so sehr im Bereich der Grünflächenplanung oder des Grünflächenunterhalts.

Wir haben bei der Parkanlage Gleisdreieckpark die Grün Berlin GmbH. Diese Anlage ist nicht, wie der Britzer Garten oder die Gärten der Welt, mit einem Eintritt versehen. Das ist eine andere Situation. Deshalb haben wir im Gleisdreieckpark viele Probleme, die wir auch in anderen Grünanlagen haben. Da hat es im letzten Jahr auch viele Beschwerden gegeben. Es gibt dort immer wieder Probleme, bis hin zu Ruhestörungen et cetera oder auch die Müllproblematik. Natürlich ist es ein großer Unterschied, wie die Grün Berlin ausgestattet wird und wie wir ausgestattet sind. Das ist aber ein ganz anderes Modell und Konzept, weshalb es auch nicht so viel Sinn macht, wie jetzt in der Debatte, wenn der Görli mit den Gärten der Welt verglichen wird. Ich glaube, das ist nicht besonders zielführend, das sind einfach ganz unterschiedliche Ansätze. Die sind zwar nicht in meinem Bezirk, sie erfreuen sich aber sehr großer Beliebtheit. Die finanzielle Situation ist in der Tat eine ganz andere.

Zu Herrn Freymark: Ich habe angesprochen, dass wir im Vergleich zu anderen Bezirken auf jeden Fall einer der Bezirke sind, die kaum noch eigenes Personal haben. Für die Reinigung haben wir sowieso kein eigenes Personal mehr. Wir haben eine kleine Gruppe von Gärtnerinnen und Gärtnern. Die Bezirke sind da durchaus sehr unterschiedlich aufgestellt, je nachdem, wo sie zu den Zeiten der Sparmaßnahmen Anfang der Nullerjahre entschieden haben zu kürzen und was sie vielleicht seitdem wieder aufholen konnten. Natürlich – das habe ich auch schon angesprochen – haben wir in der Innenstadtlage – das betrifft nicht nur Friedrichshain-Kreuzberg – immer auch einen anderen Kostendruck auf die Grünanlagen als in den Außenbezirken, einfach weil die hohen Reinigungskosten bezahlt werden müssen. Die BSR reinigt in sehr guter Qualität. Wir sind sehr zufrieden damit. Wir waren einer der Bezirke, wo das als Erstes umgesetzt wurde. Die Qualität ist sehr gut, auf der anderen Seite ist es ein Kostenfaktor. Es gibt uns in der Form kein Personal frei, weil wir in den anderen Grünanlagen extern beauftragen.

Zum Thema der Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern: Das Beschwerdeaufkommen ist sehr hoch. Es gibt sehr viele unterschiedliche Kanäle dafür, sei es die Ordnungsamt-Online-App, seien es Kontaktformulare oder E-Mails. Selbstverständlich wird versucht, alle zu beantworten. Das machen wir auch, und wir haben dafür diverse Assistenzstellen bei uns im Straßen- und Grünflächenamt eingesetzt, die eigentlich den ganzen Tag nichts anderes machen. Ich finde das auch absolut berechtigt. Allerdings ist das auch etwas, was mein Straßen- und Grünflächenamt sehr teuer macht – da sind wir dann wieder in dem Kreislauf –, weil es beispielsweise dafür kein KLR-Produkt in den Straßen- und Grünflächenämtern gibt. Es gibt ein KLR-Produkt für das Anliegenmanagementsystem im Ordnungsamt, aber das muss übertragen werden. Wir arbeiten aber daran – das machen einige Bezirke bereits –, dass wir auch andere Ämter an das Anliegenmanagementsystem des Ordnungsamtes angliedern. Ich fände es gut, wenn es diesen einen Kanal geben würde.

Zu Ihrer Frage mit den Blauen Perlen: Wir haben im Bezirk keine dieser Gewässer, aber ich weiß aus den anderen Bezirken, dass, wie Sie, glaube ich, ausgeführt haben, die Gewässer zweiter Ordnung in einem sehr schlechten Zustand sind. Mir ist auch mitgegeben worden, dass es dafür kein systematisches Monitoring gibt und dass viele Pfuhe schon trockengefallen sind. Das ist ein Punkt, der mir aus Tempelhof-Schöneberg mitgegeben worden ist.

Zum Thema Verschattung: Wir versuchen, beispielsweise in den Spielplatzplanungen, Verschattungen zu planen, das machen wir auch. Wir finanzieren die Spielplatzplanung überwiegend aus dem KSSP und rufen die Mittel komplett ab. Das ist etwas, was wir auf jeden Fall machen, wenn wir neue Spielplätze planen. Wir versuchen, das unterzubringen.

Dann ist nach dem Thema der Baumschutzverordnung gefragt worden, was aus unserer Sicht dabei die drängendsten Punkte wären. Zum einen ist es so, dass es generell diese Wahlfreiheit Ausgleichsabgabe versus Ersatzpflanzungen gibt. Wir würden gerne diskutieren, ob es nicht ein Primat von Ersatzpflanzungen geben sollte und dann auch die Frage der Vorgaben für Ersatzpflanzungen, beispielsweise klimaangepasste Bäume et cetera. Dann ist auch die Höhe der Ausgleichsabgabe relevant, weil wir in den letzten Jahren immer wieder kommuniziert haben, dass das, was uns gezahlt wird, überhaupt nicht ausreicht, um nachhaltige Baumpflanzungen vorzunehmen. Dieses Ungleichgewicht zwischen der Abgabe und den Ersatzpflanzungen gibt es also. Bei uns in der hohen Verdichtung – das ist ja auch unterschiedlich – ist es schwierig, im Umfeld Ersatzpflanzungsorte zu finden, beziehungsweise häufig gibt es nur welche, die mit sehr hohen Kosten einhergehen.

Vielleicht noch zu Ihrer Frage nach dem Umweltgerechtigkeitsatlas: Wir arbeiten momentan daran zu schauen, wie wir auch im Straßenbereich tiefere Baumgruben anlegen und größere Baumscheiben anlegen können. Wir haben aber an vielen Stellen das Problem, dass dem sehr viele Leitungen im Wege sind und wir gar nicht in dieser Art und Weise in den Boden kommen. Wir haben die Kosten für diese nachhaltigen Baumpflanzungen mittlerweile – das ist noch ohne die Kostensteigerungen – schon auf 12 000 Euro pro Baum geschätzt, mit der Pflege für die ersten sechs Jahre, auch mit der Bewässerung. Das ist, auch wenn die Standards erhöht worden sind, nicht das, was über die Stadtbaumkampagne zur Verfügung steht. Wir sind also dran und versuchen, dass wir über unsere Ausgleichsmittel zumindest einige solcher Standorte umsetzen können. Es wäre sehr wünschenswert, dass die dorthin kommen, wo beispielsweise noch keine Bäume sind. Häufig ist es aber so, dass es einen Grund hat, dass irgendwo noch keine Bäume sind, dass der Untergrund dort besonders herausfordernd ist oder besonders viele Leitungen liegen.

Zu dieser Mindestveranschlagung und dieser Leitlinie wäre meine Frage an die Senatorin oder Staatssekretärin: Wir hatten am Montag über diese Leitlinie Mindestveranschlagung gesprochen. Ich hatte die Info, dass es nur eine Leitlinie Mindestveranschlagung für Bäume geben soll. Ist das zutreffend? – Denn aus unserer Sicht sollten auf jeden Fall auch Grünanlagen und Spielplätze, also dieser komplette Grünunterhalt, miteinbezogen werden.

Zur Bewässerung bei Bäumen: Wir versuchen, unsere Jungbäume zu wässern, aber unser Budget reicht nicht dafür aus, ältere Bäume zu bewässern. Das ist auch nicht unbedingt nachhaltig, denn die müssten so viel gewässert werden, dass diese Wassermengen, die reingegeben werden müssten, ökologisch höchst problematisch sind. Wie gesagt, bei uns werden Jungbäume gewässert.

Es ist gefragt worden, wie sich der Grünunterhalt insgesamt aufteilt. Es gibt nur dieses eine Produkt Unterhaltung der Grünanlagen. Daraus werden die Grünpflege, alle Reinigungen der Grünflächen und die Verkehrssicherung finanziert – diese bezieht sich auch auf den Baumschnitt, sie bezieht sich darauf, dass die Bäume gesichert werden und sie niemandem auf den Kopf fallen oder dass keine Äste abfallen. Daraus werden auch Schließdienste sachfremd finanziert, es wird das Parkmanagement finanziert, wenn weiterer Müll gefunden wird, der Sandwechsel, die Parkbeleuchtung, also all das. In der Herausforderung, die wir haben, führt das dazu, dass das immer zulasten der qualitativen Weiterentwicklung der Grünanlagen geht, weil das vor den ganzen Pflichtaufgaben, die vorgelagert sind und die möglicherweise, wenn man sie, zum Beispiel die Verkehrssicherung, nicht durchführt, zu Gefahr für Leib und Leben führen, immer hinten runterfällt. Gerade für die qualitative Weiterentwicklung oder Baumpflanzungen beispielsweise haben wir dann nicht genug Geld zur Verfügung.

Zu den Müllbergen nach Großveranstaltungen: Beim 1. Mai ist es so gewesen, dass wir zusätzliches Senatsgeld bekommen haben und die BSR gleich am nächsten Tag den Görli, so wie auch sonst jeden Tag, gereinigt hat. Man muss auch dazu sagen, dass es eigentlich keine Großveranstaltung am 1. Mai gab, sondern es waren sehr viele Menschen dort. Es hat aber keine Veranstaltung in der Form stattgefunden. Wenn eine große Veranstaltung stattfindet, beispielsweise der Karneval der Kulturen, dann ist die Müllentsorgung die Aufgabe, Pflicht und auch die Auflage des Veranstalters. Die Straßenreinigung wird ansonsten durch die BSR übernommen und die Grünanlagenreinigung, das, was noch liegen bleibt, im Zweifel durch den Bezirk.

Es gab die Frage, ob es Sinn machen würde, Themen auf die Landesebene zu verlagern. Grundsätzlich ist es so, dass ich dafür streite, dass wir als Bezirk auskömmlich finanziert sind. Es kann aber immer auch mal Sinn machen, einzelne Aufgaben, in der Regel Kontrollaufgaben, zu bündeln. Es gibt beispielsweise den regionalisierten Ordnungsdienst in Lichtenberg, der für uns Dinge übernimmt. Es wird jetzt aktuell bei der Marktüberwachung zum Beispiel diskutiert, auch schon mit dem Senat gemeinsam, ob es Sinn ergeben könnte zu zentralisieren. Für mich ist die Diskussion dazu aber noch nicht abgeschlossen.

Wenn wir ein auskömmliches Grünflächenbudget hätten, könnten wir auch stärker die neuen Methoden der Grünflächenpflege anwenden. Momentan ist es so: Wir haben ungefähr 5 Prozent unserer Flächen, die nicht so extensiv gemäht werden et cetera. Das Problem ist immer, dass wir schauen müssen, wo das aus verschiedenen Gründen möglich ist. Die BSR braucht für die Reinigung, gerade beim Straßenbegleitgrün, häufig gemähte Flächen, um die Reinigung vorzunehmen. Wir haben verschiedene Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum. Wir, beziehungsweise die von uns beauftragten Firmen, müssen häufig relativ rigoros vorgehen, weil wir kein Budget haben, sie so häufig rauszuschicken, dass sie das immer schonend machen können, sondern sie müssen dann halt runterschneiden, weil sie nicht so häufig im Jahr dorthin kommen. Je auskömmlicher das Budget, desto schonender könnten die Grünflächen gepflegt werden, desto intensiver könnten das „Handbuch für Gute Pflege“, das von meinem Bezirksamt in großer Beteiligung mit erarbeitet wurde, und die neuen Methoden umgesetzt werden.

Aus dem Titel Stadtverschönerung haben wir unter anderem Entsiegelungsmaßnahmen finanziert, wir haben aber auch verschiedene Baumpflegemaßnahmen daraus finanziert, wir haben

auch Baumscheiben verbreitert. Unbürokratisch war es deshalb, weil es keinen langfristigen Planungsprozess erfordert hat. Wenn ich eine Investitionsmaßnahme habe, dann habe ich meistens auch hohe Planungsvorläufe und muss mir die Finanzierung über mehrere Jahre sichern, habe nach der Landeshaushaltsordnung diverse Vorgaben, die Erstellung von Bauplanungsunterlagen et cetera, bei Fördermitteln muss ich mir gegebenenfalls eine Kofinanzierung organisieren und so weiter. Da ist es eben so gewesen, dass wir für die Mittel, die uns proportional zur Verfügung gestellt worden sind, einfach unsere Ideen gesammelt und eingereicht haben. Das war es. Das war sehr unbürokratisch, und es ging auch sehr schnell. Deshalb wäre es schön, wenn wir es weiterhin hätten. – So viel vielleicht dazu.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Gerold! – Es gab auch Fragen an den Senat.– Ich erteile das Wort an die Frau Senatorin, bitte!

**Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU):** Vielen Dank! – Frau Staatssekretärin, bitte!

**Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU):** Frau Gerold, Sie hatten das Thema mit den Bäumen angesprochen. Das ist die Zielvereinbarung mit den Bäumen, das bezieht sich aber nicht auf die Leitlinien. Die Leitlinien unterstützen wir voll und ganz, das müsste aber erst einmal mit den Bezirken insgesamt geklärt werden. Wir sind dabei aber sehr unterstützend und sehen den Punkt absolut.

Weil es als Frage angesprochen wurde – ich will jetzt nicht alles kommentieren, was gesagt wurde –: Insgesamt sehen wir den Punkt absolut, dass die Bezirksämter, gerade die Grünflächenbereiche, gestärkt werden müssen. Das hat auch jeder Besuch vor Ort gezeigt, und das wissen wir alle. Dazu sind wir in Gesprächen, wie wir da möglicherweise gemeinsam etwas machen können. Das ist also ganz wichtig.

Die Grün Berlin GmbH wurde angesprochen. Da bin ich absolut anderer Meinung. Ich glaube, Grün Berlin macht eine sehr gute Arbeit. Ich würde vielleicht anregen, dass wir gemeinsam mit dem Ausschuss einen Termin machen, wo wir uns mal konkret angucken, was Grün Berlin nämlich alles macht, auch zum Thema Biodiversität und Biotopbildung. Es gibt so viele Projekte, die da gerade umgesetzt werden. Wir können uns auch darüber unterhalten, wie sich die Steigerung erklären lässt. Dafür gibt es nämlich die Erklärung, dass diese Mittelabflüsse, gerade im Baubereich, nicht linear erfolgen, sondern dass das eine wellenartige Bewegung ist. Sie alle wissen, dass es wegen Corona erhebliche Verzögerungen in der Umsetzung gab. Jetzt geht es überall los. Die ganzen Großprojekte sind jetzt in der Umsetzung, und jetzt entstehen natürlich die Kosten dafür. Ich würde aber wirklich anregen oder auch anbieten, dass wir uns das vielleicht mal gemeinsam vor Ort anschauen und erklären lassen.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Behrendt! – Dazu haben wir bei der ersten Lesung des Haushalts schon angekündigt, dass wir gerne die Grün Berlin hierher einladen würden, wenn die Fraktionen einen entsprechenden Besprechungspunkt anmelden würden. – Ich habe jetzt die zweite Rederunde. Herr Freymark hat sich gemeldet, danach Frau Gennburg. – Herr Freymark, bitte!

**Danny Freymark (CDU):** Vielen Dank! – Ich versuche, es jetzt angemessen kurz zu halten. Frau Gerold, vielen Dank! Es ist Ihnen, glaube ich, gelungen, in sehr kurzer Zeit sehr viele Detailthemen zu beleuchten. Ein Thema ist vielleicht noch offengeblieben. Vielleicht können Sie zu den Ökotoiletten kurz zwei Sätze sagen, weil das Thema auch medial relativ breit wahrgenommen wurde.

Das zweite Thema: Sie haben die Kosten- und Leistungsrechnung ein paarmal zu Recht angesprochen. Ich verstehe Ihre Herausforderungen damit. Können Sie uns vielleicht ganz kurz daran teilhaben lassen, wie der Weg aus Ihrer Sicht ist, um die Kosten- und Leistungsrechnung anzupassen, also zusätzliche Produkte bepreisen zu lassen et cetera? – Vielleicht gibt es auch eine Erwartungshaltung an die hier anwesenden Abgeordneten. Die können Sie gerne adressieren.

Der dritte Punkt: Sie haben sehr offen davon gesprochen, dass Sie kein eigenes Personal mehr haben. Es liegt womöglich schon zehn, zwölf, fünfzehn Jahre zurück, dass das – in Anführungsstrichen – Ursachen hatte. Würden Sie zu dem Ergebnis kommen, dass das jetzige Verfahren, nämlich externe Firmen zu beauftragen, sich bewährt hat, oder würden Sie sagen, es ist womöglich beides, also externe Firmen und auch eigenes Personal, oder würden Sie sogar so weit gehen zu sagen, mittelfristig muss es das Ziel sein, wieder eigenes Personal zu haben? – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Herr Freymark! – Frau Gennburg, bitte!

**Katalin Gennburg (LINKE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich kann ganz gut bei Herrn Freymark anknüpfen und würde die Bezirksstadträtin auch fragen, ob die Kosten- und Leistungsrechnung nicht tatsächlich ad absurdum läuft. Denn es ist, wie Sie geschildert haben, offenkundig so, dass die Bezirke, die die höchsten Besucheraufkommen haben, weil sie möglicherweise in jedem Reiseführer stehen, während andere Bezirke, wie Reinickendorf, vielleicht nicht in jedem Reiseführer stehen, eben nicht diese hohen Besucherquoten haben, und dass damit, wie Sie geschildert haben, die hohen Reinigungskosten einhergehen, die im Bezirksvergleich allerdings sehr teuer sind, und Sie jetzt erklären müssen, warum Sie Ihre Parks nicht reinigen können, und die Innensenatorin deswegen einen Zaun herumbauen kann. Sie können also auch einmal erklären, wie Sie dieses Problem auflösen wollen, denn eigentlich ist es ziemlich einfach. Die Auflösung von Kosten- und Leistungsrechnungen machen wir aber vielleicht an anderer Stelle.

Ich wollte noch mal nachfragen. Frau Behrendt, Sie haben eine deutlich andere Position als wir. Das finde ich auch gut. Sie haben jetzt noch einmal gesagt, dass die Grün Berlin gute Sachen macht. Können Sie als diejenige, die an der Spitze der Verwaltung steht und deswegen für die Verwaltung zuständig ist, nicht nur für die Grün Berlin GmbH, noch einmal erklären, wie Sie eigentlich Ihren Verwaltungsleuten in der Zentralverwaltung, aber auch in den Bezirken, erklären, dass die Grün Berlin einen Aufwuchs im Fachtat seit dem Jahr 2022 von 843 Prozent hat? 843 Prozent Aufwuchs! Allein im nächsten Jahr wird die Grün Berlin mit Stiftung 100 Millionen Euro bekommen. Frau Gerold, vielleicht haben Sie auch eine Meinung dazu, wie Sie mit 100 Millionen Euro umgehen würden, wenn Sie die hätten. Es ist also offenkundig ein Problem, dass die Grün Berlin hier mehrere kleine BERs verursacht – das werden wir an anderer Stelle besprechen. Es ist aber wirklich ein Thema, dass Sie, Frau Gerold, geschildert haben, dass von 200 Gärtnerinnen und Gärtnern noch 20 übrig sind und auf der anderen Seite diese hohen Reinigungskosten durch eine gewisse Tourismuspolitik, die das befördert, entstehen.

Letzte Frage, auch an Sie, Frau Schreiner, zum Thema Naturschutz: Das Schneller-Bauen-Gesetz ist jetzt die nächste Etappe in Ihrer Bauen-Bauen-Bauen-Politik von Schwarz-Rot. Die Bauordnung – das haben auch der BUND und die Wassernetzinitiative heute vor dem Abgeordnetenhaus schon kritisiert –, die Baunovelle haben Sie ordentlich in den Sand gesetzt, die ist für den Naturschutz nämlich überhaupt nicht zuträglich. Jetzt steht das Schneller-Bauen-Gesetz an. Das wird den Naturschutz noch einmal aushebeln. Ich würde gerne von Ihnen wissen, wie Sie eigentlich Ihren Fachmitarbeiterinnen und -mitarbeitern mitteilen, dass sie beim Naturschutz gar nichts mehr zu melden haben. Mich würde aber auch interessieren, Frau Gerold, wie Sie die Bedarfe sehen, um den Naturschutzbelangen in angemessener Weise nachzukommen. – Danke!

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Gennburg! – Frau Gerold, und dann die Senatsverwaltung. – Frau Gerold, bitte!

**Annika Gerold (Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg; Bezirksstadträtin für Verkehr, Grünflächen, Ordnung und Umwelt):** Vielleicht kurz zum Thema Ökotoiletten. Die sind aufgestellt worden, genauso wie auch die Berlin-Toilette von der Senatsverwaltung. Frau Behrendt und ich waren beim Aufstellen von einem dieser Modelle der Ökotoilette, bei Finizio, vor Ort. Die wird sehr gut angenommen. Ich glaube, wir waren uns einig, dass das ein sehr gutes Modell ist. Die Auswertung wird sich aber noch zeigen. Nach meinem Stand – ich bin aber nicht auf

dem letzten Stand – steht es momentan zur Diskussion, ob das Geld für die Toiletten weiter zur Verfügung steht. Ich würde es auf jeden Fall begrüßen.

Es wurde schon angesprochen, und ich selbst habe es auch schon angesprochen: Wir haben ganz unterschiedliche Kieze. Die Toiletten werden dort, wo sie stehen, gut angenommen. Wir haben aber auch, wie bekannt ist, ganz andere Orte, dort funktionieren nicht einmal die Berlin-Toiletten, weil sie für andere Zwecke verwendet werden, sei es als Schlafstätte oder als Konsumort. Das sind auch Fragen, die wir in dem Zusammenhang haben. Dort, wo sie steht, wird die Toilette auf jeden Fall sehr gut angenommen und hat sehr hohe Nutzungszahlen.

Vielleicht noch einmal zur Kosten- und Leistungsrechnung insgesamt: Es ist gesagt worden, dass wir das wahrscheinlich heute hier nicht abschließend auflösen werden. Es wäre uns aber auf jeden Fall – jetzt spreche ich für meinen Bereich – sehr geholfen – es ist gut, dass Sie noch einmal gesagt haben, dass sich die Leitlinie und die Mindestveranschlagung nicht nur auf das Thema Bäume beziehen sollen, sondern insgesamt auf den Grünunterhalt –, wenn im Haushaltsaufstellungsverfahren dort nicht gekürzt werden kann, sondern uns diese Summe tatsächlich in der festgelegten Form erreicht. Das ist jetzt auch nicht unbedingt gleich ein Allheilmittel. Wir haben es beispielsweise beim Tiefbauunterhalt, dass wir momentan eine hohe Inflation haben und dementsprechend, trotz der festgelegten Summe, das Budget für den Tiefbauunterhalt auch unter einem hohen Druck steht, aber zumindest kann es im weiteren Verfahren nicht gekürzt werden und wird durchgereicht.

Es gibt immer wieder, auch in der Kosten- und Leistungsrechnung, bestimmte Neubildungen von Produkten. Wir sprachen am Montag auch über das Produkt Klimaschutz, das wenden wir beispielsweise auch bei uns an und versuchen damit, auch Stellen zu refinanzieren. Man kann auch von dieser Systematik profitieren, aber nicht ausschließlich. An vielen Stellen, gerade, wenn es darum geht, dass sich beim Grünunterhalt die Menge nicht vermehren lässt, weil der Quadratmeter der gleiche bleibt, oder wenn wir davon sprechen, dass die vollsten Schulen diejenigen sind, die am besten in der KLR abschneiden, ist das tatsächlich ziemlich absurd, dem muss ich zustimmen. Geholfen wäre aber auch mit einem Produkt für das Parkmanagement. Dazu gibt es aber leider keinen Konsens unter den Bezirken, muss ich sagen, und der ist erforderlich. Es gibt diese Produktmentorengruppe, glaube ich, und da gibt es keinen Konsens. Aus unserer Sicht wäre das aber sehr hilfreich, weil das unsere Kosten erhöht.

Zum Thema Parkreinigung, extern, intern: Wir haben immer wieder versucht, das gibt aber die Globalsumme nicht her, eigenes Personal anzumelden, gerade auch bei der Spielplatzreinigung et cetera; wir haben auch ein extra kleines Spielplatzrevier. Selbstverständlich ist es ein Unterschied. Wenn man in den Revieren ist, kriegt man berichtet, wie früher immer die gleiche Person, die beim Bezirksamt angestellt war, morgens durch den Park gegangen ist und sich um ihren Park gekümmert hat. Das ist ein großer Unterschied. Es wäre aber eine extrem große Kraftanstrengung nötig, um das tatsächlich wieder auf eigene bezirkliche Füße zu stellen. Deshalb glaube ich, dass es gut ist, das in Teilbereichen zu haben und momentan in einem Mix zu arbeiten. Momentan sind wir komplett extern tätig.

Ich kann, glaube ich, insgesamt zu den Finanzierungsstrukturen der Grün Berlin – da sind Sie sicherlich die größeren Expertinnen und Experten hier – nur zum Vergleich sagen, dass mein Grünunterhalt pro Jahr, aus dem ich, wie gesagt, alles zahlen muss, wie ich jetzt schon mehrfach vorgetragen habe, unter 4 Millionen Euro liegt.

Ging es bei den Naturschutzbelangen um die Frage der personellen Ausstattung, auch in den Umwelt- und Naturschutzämtern, und darum, inwieweit wir die gut umsetzen können, Frau Gennburg? – [Katalin Gennburg (LINKE): Ja!] – In den Umwelt- und Naturschutzämtern haben wir für die Landschaftsplanung beispielsweise zwei Leute, wir haben einen sehr guten Bereich Naturschutz, der sehr gut aufgestellt ist. Wir haben sehr viele Kooperationsprojekte mit Naturschutzverbänden, Initiativen et cetera. Wir haben im Umwelt- und Naturschutzamt aber keinen Aufwuchs erfahren, und das ist auch erst einmal nicht vorgesehen. Das vielleicht mal so allgemein.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Gerold! – Für den Senat Frau Schreiner, bitte!

**Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU):** Vielen Dank! – Ich würde ganz gerne auf die Frage zur Landesbauordnung zurückkommen. Da ist es jetzt so: Wenn man sich anguckt, warum diese Vereinfachung der Landesbauordnung den Weg in den Koalitionsvertrag gefunden hat, dann geht es darum, dass wir am Ende schneller bauen wollen, und zwar alles, was wir hier in der Stadt brauchen, von Wohnungen über Schulen.

Ein Thema, das auch Sie in der letzten Koalition diskutiert haben, ist, dass die Baugenehmigungsverfahren viel zu lange dauern, wie im Übrigen in vielen Bereichen Genehmigungs- und Planungsverfahren zu lange dauern. Deshalb war der Fokus, dass man jetzt schnell eine Deregulierung in den Bereichen schafft, wo man wirklich entbürokratisieren kann. Zu einer Vereinfachung und Entbürokratisierung passt es natürlich nicht, wenn jetzt erstmalig andere Belange noch mit reingekommen wären. Allerdings heißt das im Umkehrschluss nicht – das ist verkürzt dargestellt –, dass Naturschutzbelange in Zukunft irgendwie keine Rolle mehr spielen würden, sondern die sind anderweitig gesetzlich abgesichert. Es geht genau darum, dass die Bauämter – das war auch der Wunsch der Bezirke – entlastet werden müssen. Es sind Wege gesucht worden, wie man die Bauämter entlasten kann. Wenn man jetzt diese ganzen Belange dazu genommen hätte, dann hätte ein Amt, das eigentlich gar nicht fachlich für den Naturschutz ausgestattet ist, noch mehr für diese Belange entstehen müssen. Das wäre nun genau das Gegenteil gewesen. Das heißt, es ging erst einmal darum, dass die Bauämter schneller werden können. Das ist der Fokus dieser Landesbauordnungsnovelle. Deswegen ist der Vorwurf, dass deswegen die Naturschutzbelange keine Rolle mehr spielen, zu kurz gegriffen, weil der Naturschutz trotzdem da ist. Wir haben den Standard in den Naturschutzgesetzen nicht gesenkt.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Senatorin! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Frau Staatssekretärin, bitte!

**Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU):** Vielleicht noch einmal ganz kurz zu Grün Berlin; wir werden ja noch einmal darüber diskutieren: Der Anstieg der Mittel ist auch dadurch zu erklären, dass sie neue Aufgaben und neue Projekte von uns übertragen bekommen haben. Insofern erklärt sich der Anstieg. Sie haben gefragt, wie ich das meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unserer Verwaltung erkläre. Das muss ich denen nicht erklären. Ehrlich gesagt, begreifen sie die Grün Berlin als Verwaltungshelferin. Wenn die Grün Berlin vor Ort in den Bezirken tätig wird, dann ist das in enger Abstimmung mit den Bezirken.

**Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ:** Danke, Frau Behrendt! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich möchte Ihnen, Frau Stadträtin Gerold, im Namen des Ausschusses ganz herzlich danken, dass Sie uns heute zur Verfügung gestanden haben. Ich schlage vor, die Besprechung zum Tagesordnungspunkt 3 zu vertagen, weil wir auf das Wortprotokoll warten sollen. Gibt es dazu einen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 19/0940 [0085](#)  
UK  
**Gesetz zur Neufassung des Landes-  
Immissionsschutzgesetzes Berlin und Änderung  
weiterer Vorschriften**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0098](#)  
UK  
**Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum stärken  
und Sauberkeit sicherstellen**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 6 der Tagesordnung

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –  
Drucksache 19/0565 [0100](#)  
UK  
**Gesamtstrategie Saubere Stadt  
Drucksache 19/0400 (Aufgabenbeschluss B.115)**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD)

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 7 der Tagesordnung

##### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.